

Haushaltsrede Oliver Förste

(Es gilt das gesprochene Wort)

Hannover, den 23. Februar 2012

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

sie sehen mich heute fröhlicher als bei meinen ersten beiden Haushaltsreden, und das hat auch seinen guten Grund. Denn ich habe mir beim Verfassen dieser Rede nochmal diejenige aus dem vergangenen Jahr angesehen und dabei festgestellt: Links wirkt! Denn wir haben damals als einzige Fraktion Steuererhöhungen und die Einführung einer Bettensteuer gefordert. Und siehe da: Inzwischen ist auch bei Rot-Grün die Erkenntnis gereift, dass es in Hannovers Rathaus ohne eine Stärkung der Einnahmeseite nicht mehr so weitergeht.

Schade ist dabei nur, dass Rot-Grün unseren jahrelangen Forderungen nach einer kräftigen Erhöhung der Einnahmen nicht eher nachgekommen ist, denn dann stände die Stadt heute finanziell wesentlich besser dar. Man hätte eine schöne antizyklische Haushaltspolitik betrieben und gerade auch im vergangenen Boom-Jahr hätte die Kasse richtig geklingelt, ohne der Wirtschaft zu schaden. Man hätte Schulden abbauen können und womöglich sogar etwas für schlechtere Zeiten zurücklegen können.

Tatsächlich aber sollen wir hier dem mittlerweile achten Sparprogramm zustimmen, obwohl die Zitrone längst ausgequetscht ist, und die Ausgaben nicht weiter auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger sowie der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgefahren werden dürfen.

Wir werden diesem achten Haushaltskonsolidierungskonzept deshalb nicht zustimmen und haben stattdessen ein eigenes Konzept hier eingebracht, das die von Rot-Grün vorgesehenen 65 Millionen Einsparungen ebenfalls vorsieht, allerdings ohne Personalabbau und Kürzungen im sozialen Bereich. Im Gegenteil, mit unserem Konzept können die sozialen Leistungen der Stadt weiter ausgebaut werden, ohne neue Schulden zu machen und ohne Büchereien in den Stadtteilen zu schließen.

Im Gegensatz zu Rot-Grün lehnen wir eine Erhöhung der Grundsteuer ab. Zum einen, weil diese Steuer von den Hausbesitzern auf die Miete umgelegt wird, und so auch Mieterinnen und Mieter mit kleinem Geldbeutel davon getroffen werden. Das gilt für die Rentnerin mit einer Minirente ebenso wie für die Alleinerziehende mit mehreren Kindern, für die auch geringe Summen eine kaum zu verkraftende Belastung darstellen. Die Erhöhung der Grundsteuer ist also ungerecht, weil sie unterschiedslos Alle, also auch sozial schwache Menschen trifft.

Wir lehnen die Erhöhung der Grundsteuer aber noch aus einem zweiten Grund ab: Das ist die völlig veraltete Bemessungsgrundlage. So wird die Grundsteuer immer noch nach den Werten der Grundstücke kurz nach dem Krieg berechnet und nicht etwa nach den aktuellen Verkehrswerten. Das führt schlicht und einfach zu Ungerechtigkeiten, und mit jeder Erhöhung werden diese Ungerechtigkeiten noch vergrößert.

Leinstr. 16
30159 Hannover

Fraktionsvorsitzender
Oliver Förste

☎ 0511 – 168 463 48

📞 0172 – 451 29 92

✉ 0511 – 161 27 56

oliver.foerste@hannover-rat.de
www.linksfraktion-hannover.de

Im Gegensatz dazu fordern wir eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer von 460 auf 480 Punkte. Denn dadurch werden nur gut verdienende Unternehmen belastet: Wer mit seinen Gewinnen unter dem gesetzlich festgelegten Steuerfreibetrag liegt, muss auch keine Gewerbesteuer zahlen. Und die meisten Unternehmen profitieren schließlich von der Infrastruktur und auch den weichen Standortfaktoren, die Hannover ihnen bietet. Außerdem würde die von Rot-Grün vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer nur 15 Millionen pro Jahr in die Stadtkasse schwemmen, die von uns vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer dagegen 23 Millionen. Mit diesen acht Millionen Euro mehr im Jahr könnten alle unsere sozialpolitischen Forderungen finanziert werden.

Dann freuen wir uns natürlich, dass die Grünen gegenüber der SPD die Bettensteuer durchgesetzt haben, um die von der schwarz-gelben Bundesregierung verabschiedeten Steuererleichterungen für Hoteliers wieder auszugleichen. DIE LINKE hat bereits bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr die Einführung der Bettensteuer beantragt, damals hat Rot-Grün das noch abgelehnt. Allerdings wollen wir eine Bettensteuer in Höhe von sieben Prozent und nicht nur von fünf Prozent, wie SPD und Grüne. Denn die Bundesregierung hat den Mehrwertsteuersatz für Hotels seinerzeit von 19 auf sieben Prozent gesenkt, also die Hotels sogar um insgesamt 12 Prozent entlastet.

Bei der Konsolidierung des Haushalts sind natürlich auch die Unternehmen gefragt, an denen die Stadt als Anteilseigner beteiligt ist. Das gilt insbesondere für die Deutsche Messe AG, die ja von der Stadt, übrigens gegen die Stimmen der LINKEN, eine Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 125 Millionen Euro erhalten hat. Wenn man für diese Kapitalspritze eine angemessene Verzinsung von vier Prozent ansetzen würde, müsste die Messe jährlich 1,25 Millionen Euro an die Stadt abführen, für die kommenden fünf Jahre also insgesamt fünf Millionen.

Auch von der Sparkasse, dem Flughafen, der Hafengesellschaft und dem HCC erwarten wir einen Sonderbeitrag von einer Million Euro im Jahr. Dazu wird meine Ratskollegin Helga Nowak beim entsprechenden Tagesordnungspunkt noch Erläuterungen geben. Sie wird auch noch genauer erklären, wie wir die Sparvorgabe von 65 Millionen Euro auch mit unseren Vorschlägen erreichen können.

Dennoch wird die Stadt auch in Zukunft nicht darum herumkommen, weiter Kredite aufnehmen zu müssen. Im vergangenen Jahr sind bekanntermaßen sogar Kassenkredite in Rekordhöhe aufgelaufen. Und das ist gefährlich, denn damit steigt die Abhängigkeit von den Kreditinstituten und der schwankenden Zinshöhe. Um dieser Abhängigkeit zu entgehen, schlagen wir die Einrichtung einer Hannover-Anleihe mit einem Volumen von insgesamt 100 Millionen Euro vor, die von jedem Bürger erworben werden kann.

Damit macht sich Hannover nicht nur unabhängiger von unkalkulierbaren Zinsschwankungen, es werden vielmehr auch die Geldinstitute aus der Verwertungskette des Kapitals herausgenommen: Die Stadt leiht sich nicht Geld bei der Bank, sondern direkt bei den eigenen Bürgerinnen und Bürgern. Auf der anderen Seite müssen die Anleger nicht mehr Kunden einer Bank oder Shareholder einer Aktiengesellschaft sein, sondern können ihr Geld direkt bei der Stadt anlegen, mit der sie sich

Leinstr. 16
30159 Hannover

Fraktionsvorsitzender
Oliver Förste

☎ 0511 – 168 463 48

📞 0172 – 451 29 92

✉ 0511 – 161 27 56

oliver.foerste@hannover-rat.de
www.linksfraktion-hannover.de

identifizieren. Schließlich kommt das Geld, das jetzt die Geldinstitute der Stadt leihen, auch von ihren Kunden, also den Bürgerinnen und Bürgern. Ein urlinkes Projekt also, auch ohne die Banken gleich zu verstaatlichen oder gar selber eine zu gründen. Die Hälfte dieser Anleihe, also 50 Millionen Euro, sollen der beruflichen Bildung und der ökologische Sanierung von städtischen Gebäuden zufließen.

Mit diesen genannten Vorschlägen der LINKEN zur Haushaltskonsolidierung auf der Einnahmeseite würden sich sämtliche unsozialen Kürzungen und Gebührenerhöhungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger erübrigen, die wir deshalb auch alle ablehnen. Insbesondere der weiterhin geplante Personalabbau stößt auf unseren Widerstand, weshalb wir auch den vorgesehenen Stellenplan ablehnen. Auch hier gilt: Die Zitrone ist mittlerweile ausgequetscht und die gewünschten Einspareffekte lassen sich nur noch durch übermäßige Arbeitsverdichtung und Abbau der Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Auch darf es keine realen Einkommensverluste beim städtischen Personal geben, deshalb muss die Tarifierhöhung höher ausfallen, als von der Stadt bisher eingeplant.

Tarifierhöhungen gelten im Übrigen auch für die zahlreichen Zuwendungsempfänger der Stadt, deren Zuwendungen in der Regel seit Jahren nicht erhöht wurden. Ich frage mich, wie die eigentlich ihre Angestellten auf Dauer bezahlen sollen. Rechnet man eine Tarifsteigerung von durchschnittlich zwei Prozent im Jahr, so ergibt das in 10 Jahren immerhin insgesamt 20 Prozent, ohne dass die Zuwendungen entsprechend erhöht wurden. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, dies auch bei den Zuwendungen zu berücksichtigen. Gleiches gilt für die Honorare der Lehrenden an der Volkshochschule: Auch hier fordern wir eine Erhöhung der Honorare entsprechend den tariflichen Regelungen.

Ein Dauerbrenner ist inzwischen unsere Forderung, die Leistungen des Hannover-Aktiv-Passes auch auf Geringverdiener auszuweiten. Auch unsere Forderung nach Sozialtarifen für die Aktiv-Pass-Inhaber beim Bezug von Strom und Gas bei den Stadtwerken bleibt erhalten. Aktiv-Pass-Inhaber sollen kostenlosen Eintritt in die Museen der Stadt erhalten, und ihre Kinder kostenlose Mittagessen in Schulen und den KiTas der Landeshauptstadt. Außerdem muss der Aktiv-Pass auf die gesamte Region ausgeweitet werden, inklusive eines kostengünstigen Sozialtickets für den ÖPNV in Form einer Monatskarte.

Benachteiligte Menschen in Hannover sind oft jung, männlich, unqualifiziert und migrantisch, und deshalb reicht es nicht aus, wenn Rot-Grün seine Bildungs- und Integrationsanstrengungen in dieser Stadt vornehmlich bei den Einrichtungen für Kinder belässt. Gerade in den Jahren zwischen 14 und 21 entscheidet sich oft der spätere Lebensweg, und deshalb muss auf diese Altersgruppe ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Wir fordern deshalb die Einführung eines Bildungsfonds „Berufliche Qualifikation“ in Höhe von einer Million Euro zur Förderung von jungen Menschen beim Einstieg ins Berufsleben. Damit soll ein stadtübergreifendes Projekt entwickelt werden, indem die verschiedenen Träger, die es bereits dafür gibt, besser zusammenarbeiten und ausgebaut werden.

Leinstr. 16
30159 Hannover

Fraktionsvorsitzender
Oliver Förste

☎ 0511 – 168 463 48

📞 0172 – 451 29 92

✉ 0511 – 161 27 56

oliver.foerste@hannover-rat.de
www.linksfraktion-hannover.de

Aber auch abgesehen vom Einstieg in den Beruf muss sich die Stadt wieder mehr um die Jugendlichen kümmern. Deshalb ist es dringend notwendig, die dritte Personalstelle in den Jugendzentren wieder einzurichten und die neu eingestellten Mitarbeiter gleichzeitig als Straßensozialarbeiter im Viertel vor Ort einzusetzen, wenn denn Probleme sich häufen. Das ist oft wirksamer als der Einsatz der Polizei, wenn es zu spät ist.

Abschließend komme ich noch zu einem Punkt, der zwar nicht direkt Thema der Haushaltsberatungen war, aber dennoch den Haushalt stark belasten wird – obwohl der Oberbürgermeister eigentlich etwas anders versprochen hatte. Eigentlich sollte es die Stadt nichts kosten, aber der Neubau des alten Schlosses in Herrenhausen wird mittlerweile immer mehr zu einer Belastung für die Stadt. Genau davor haben wir als einzige Fraktion immer wieder gewarnt und dagegen gestimmt. Und nachdem das Kulturdezernat mehrfach vergeblich versucht hat, den Betrieb des Schlosses schön zu rechnen, sollen jetzt die Besucher der Gartenanlagen mit einer Kombi-Eintrittskarte das Schloss querfinanzieren. Das wird ja immer schöner, auch da ist DIE LINKE strikt dagegen!

Stattdessen stellen wir hier und heute einen Antrag zur Förderung des Straßenkinos in den Stadtteilen. Mit nur einem Bruchteil der Summe, die jetzt das nachgebaute Schloss verschlingt, könnten diverse Film-Vorführungen für die Hannoveranerinnen und Hannoveraner in ihren Stadtteilen veranstaltet werden. Teure Prestige-Objekte, wie das Herrenhäuser Schloss, das in erster Linie für private Veranstaltungen der VW-Stiftung zur Verfügung stehen soll, brauchen wir dagegen nicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.